

SPD-Fraktion im Rat der Stadt Köln  
Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Köln  
Ratsgruppe Klimafreunde

An die Oberbürgermeisterin

Frau Henriette Reker

Eingang beim Amt der Oberbürgermeisterin:

**AN/0199/2021**

**Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Rat	

**Resolution zur Finanzsituation der Kommunen in der Covid 19-Pandemie**

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin,

die antragstellenden Parteien bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der kommenden Sitzung des Rates am 4.2.2021 zu setzen:

**Beschluss:**

1. Der Rat der Stadt Köln fordert Bund und Land auf, den Kommunen auch für 2021-2024 Jahre die durch die Covid 19-Pandemie verursachten Ausfälle bei der Gewerbesteuer zu ersetzen.
2. Der Rat der Stadt Köln fordert die Landesregierung NRW auf, sicherzustellen, dass die Kommunen in NRW eine volle Kompensation der Ausfälle bei der Gewerbesteuer in 2020 und den folgenden Jahren erhalten.
3. Der Rat der Stadt Köln fordert das Land NRW auf, ein Investitionsprogramm für die Kommunen aufzulegen, das mindestens folgende Aufgaben erfüllen soll: Erstens sollte es merklich zur Wiederbelebung der lokalen Wirtschaft beitragen; zweitens sollte es die kommunale Infrastruktur stärken und die in der Pandemie deutlich gewordenen Defizite in der Digitalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge beheben; drittens sollte es den ökologischen Umbau hin zu einer klimaschützenden Wirtschafts- und Lebensweise konsequent in den Kommunen unterstützen.

**Begründung:**

Die Handlungsfähigkeit der Kommunen ist durch die Covid 19-Pandemie gefährdet und wird über einen langen Zeitraum beeinträchtigt bleiben.

Zwar haben Bund und Land den Kommunen den Ausfall der Gewerbesteuer in 2020 (zum Teil) ersetzt, und mit der Erhöhung der Erstattung bei den Kosten der Unterkunft ist eine langdauernde Forderung der Kommunen an den Bund erfüllt worden und entlastet vor allem Kommunen in schwieriger Lage.

Jedoch ist der Einbruch der Steuern, vor allem der Gewerbesteuer, nicht auf 2020 beschränkt. Über Jahre werden die Einnahmen niedriger liegen als bislang prognostiziert. Laut Deutschem Städtetag wird der kommunale Ausfall bei der Gewerbesteuer allein in 2021 bei etwa 6,6 Mrd. Euro liegen (Deutscher Städtetag 29.12.2020: "Müssen verhindern, dass in vielen Städten der Rotstift regiert"). Von 2021 bis 2024 wird bei den Kommunen ein Defizit von insgesamt 35 Mrd. Euro erwartet. In Köln ergibt sich bis 2024 ein Minus von 966,8 Mio. Euro (3394/2020).

Hinzu kommt, dass nicht jeder Kommune die Steuerausfälle in 2020 ausgeglichen werden. Aufgrund der Berechnungszeiträume, die das Land NRW gewählt hat, erhält die Stadt Köln nur 118,7 Mio. Euro von den 260 Millionen Euro tatsächlich entfallenen Gewerbesteuererträgen. In anderen Bundesländern wurden andere Vorgehensweisen gewählt, die im Falle Kölns und anderer NRW-Kommunen nicht zu einer solchen Diskrepanz geführt hätten.

Um ihre Aufgaben unter diesen Bedingungen erfüllen zu können und notwendige Investitionen vorzunehmen, sind die Kommunen daher auf weitere Unterstützung durch Bund und Land angewiesen.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Mike Homann  
SPD-  
Fraktionsgeschäftsführer

gez.  
Michael Weisenstein  
Fraktionsgeschäftsführer  
DIE LINKE

gez.  
Nicolin Gabrysch und John  
Akude  
Ratsgruppe Klimafreunde